

Europäische und deutsche Energieversorgungssicherheit am Scheideweg

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umbach, F. (2005). Europäische und deutsche Energieversorgungssicherheit am Scheideweg. *Energiewirtschaftliche Tagesfragen*, 55(9), 629-639. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-218712>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Europäische und deutsche Energieversorgungssicherheit am Scheideweg

Frank Umbach, Berlin

Der Anstieg der internationalen Rohölpreise auf inzwischen über 60 US\$ wirft grundlegende Fragen nicht nur hinsichtlich des zukünftigen Rohölpreises und der wirtschaftlichen Auswirkungen auf, sondern auch über die wirklichen Ursachen und strategischen Trends. Vor allem die jeweilige Rohöl- und Erdgasnachfrage aus der VR China und Indien haben seit Sommer 2004 dazu geführt, dass nun auch in Deutschland verstärkt die globalen Entwicklungen wahrgenommen werden. Dabei ist die deutsche Wirtschaft inzwischen nicht allein über die globalen Energiemärkte besorgt, sondern auch über die weltweite Rohstoffsituation.

Das aggressive Auftreten Chinas im weltweiten Maßstab hat zu einer bis vor kurzem nicht gekannten globalen Ressourcen- und Pipelinediplomatie Pekings, aber auch anderer Staaten geführt [1]. Kennzeichnend ist hierbei vor allem ein enges strategisches Zusammenspiel zwischen den wirtschaftlichen und politischen Akteuren (wie dem chinesischen Staat). Inzwischen zeigen die asiatischen Staatsunternehmen immer größeres Interesse auch an Vorkommen, Unternehmen und Raffinerien im Westen [2].

Überblick:

Der Artikel befasst sich mit der Frage der Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas unter einem globalen Blickwinkel. Zunächst erläutert der Autor die zunehmend unilaterale Ausrichtung unterschiedlicher Akteure im internationalen Energiemarkt sowie die Haltung der deutschen Politik zu diesem Thema. Daran schließt sich eine Betrachtung geopolitischer Risikofaktoren an, die sich insbesondere auf die Lage in den Erdöl exportierenden Ländern im nahen Osten und Russland konzentriert. Dabei wird die Betonung auf das Erfordernis nach stabilen politischen Rahmenbedingungen und einen Nachhaltigkeitsbegriff gesetzt, der sich nicht im ökologischen Bereich erschöpft, sondern auch die Versorgungssicherheit als dritte Säule miteinbezieht.

Dr. F. Umbach, Resident Fellow/Asien-Pazifik-Programm, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin

Durch die Globalisierung der Energiemärkte haben die Risiken der Versorgung in den letzten Jahren erheblich zugenommen; auch dadurch steht die Versorgungssicherheit am Scheideweg

Bild: IFA



Versorgungssicherheit – keine Frage für Deutschland?

Strategische Aufkäufe und Beteiligungen (nach Möglichkeit Mehrheitsbeteiligungen) im weltweiten Maßstab, die zudem durch staatliche Lenkung substituierend, d. h. oft weit über den Weltmarktpreisen liegend, als aktive energie- und rohstoffwirtschaftliche Strategien angelegt sind, gefährden nicht nur aus deutscher Sicht die zukünftige Versorgungssicherheit vieler anderer Staaten, da sie auf unilateralen Sicherheitsstrategien basieren. Dies gilt insbesondere für jene Länder und multinationalen Energiekonzerne im Westen,

die bisher all zu sehr den Spielregeln einer globalen Marktwirtschaft und ihres weltweiten Befolgens vertraut haben und sich nun „asymmetrischen Kriegsführungsstrategien“ der staatlichen Energieunternehmen in Asien gegenüber sehen. Während z. B. noch 2003 nicht selten aus den Reihen der deutschen Energiewirtschaft zu hören war, dass der „globale Markt alles regelt“, im selben Atemzug sogar von einem „globalen Rohölmarkt“ die Rede war (welche angesichts der wichtigsten OPEC-Länder als Rentierstaaten ein oft nicht hinterfragter Mythos ist und somit nur bedingt existiert) und einen strategischen energie- sowie rohstoffwirtschaftlichen Diskurs zwischen Wirtschaft und Politik für

überflüssig hielt, hat dies inzwischen zu einem Umdenken geführt. Am 8. März dieses Jahres hat erstmals ein großer Rohstoffkongress des BDI stattgefunden, bei dem die weltweiten energie-wirtschaftlichen Trends und Auswirkungen auf Deutschland diskutiert wurden und von Seiten der Wirtschaft ein dringender Handlungsbedarf für einen solchen ökonomisch-politischen Dialog angemahnt wurde. Offensichtlich hält die deutsche Wirtschaft die globalen Spielregeln der Marktwirtschaft für nicht mehr ausreichend, um weltweit wettbewerbsfähig zu sein.

Tatsächlich ist eine Sicherstellung der Versorgung mit strategischen Rohstoffen zu marktwirtschaftlichen bzw. wettbewerbsbestimmten Preisen für alle Verbraucher zunehmend in Frage gestellt, da zahlreiche asiatische Länder ihren Energiehunger auch dadurch letztendlich verstärken, in dem sie ihre Ölprodukte für den eigenen Markt aus innenpolitischen Gründen kräftig subventionieren. Derartige Subventionen machen jedoch Investitionen in Energie sparende Technologien und damit die Erhöhung der Energieeffizienz unattraktiv. Strategische Aufkäufe asiatischer Staatsunternehmen von Vorkommen, Unternehmen und sonstiger Infrastruktur dient somit einem Erstzugriffsrecht auf zunehmend knappe Rohstoffe. Dieses mag die nationale Versorgungssicherheit einzelner Länder erhöhen, geht aber zu Lasten der Versorgungssicherheit zahlreicher anderer Staaten. Diese geraten nun selbst unter Druck, eine aktive Rohstoffpolitik auf der Basis ausschließlich nationaler Interessen zu forcieren. Damit aber wird der Notwendigkeit einer verstärkten multilateralen und auch interregionalen Kooperation (wie z. B. zwischen der EU und Asien) immer weniger Beachtung geschenkt.

Zudem ist auch ein global zunehmender Ressourcennationalismus (Renationalisierungs- und Wiederverstaatlichungspläne) zu konstatieren, wie dies gegenwärtig in Südamerika (Bolivien, Venezuela) oder auch in China und Russland beobachtet werden kann. Auch der neue iranische Ministerpräsident Mahmoud Ahmadi-Nejad hat Re-nationalisierungspläne verkündet. Somit rückt auch für die deutsche Wirtschaft die Frage der Energie- und Rohstoffversorgungssicherheit nach mehr als 20 Jahren auf die erneute politische Tagesordnung.

Faktisch wurde in den letzten beiden Jahrzehnten die Versorgungssicherheit

den privatwirtschaftlichen Energiekonzernen überlassen, deren Unternehmensstrategie jedoch primär durch eine gewinnwirtschaftliche Ausrichtung geprägt ist [3]. Zuletzt fühlte sich für die Frage der zukünftigen Energieversorgungssicherheit Deutschlands kaum noch jemand zuständig. Obwohl der Energiebericht des deutschen Wirtschaftsministeriums und der Bundesregierung vom Oktober 2001 dem Aspekt der „Versorgungssicherheit“ gleichrangige Bedeutung gegenüber den politischen Zielvorgaben von Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit einräumte (und zugleich zu interner Kritik führte), wurde den internationalen Risiken der Energieversorgungssicherheit tatsächlich nur sehr geringe Aufmerksamkeit in dem Bericht gewidmet und diese auch nicht – wie von der EU-Kommission gewünscht – weiter problematisiert [4]. Selbst nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, in deren Folge die Frage der zukünftigen politischen Stabilität des Mittleren Ostens einmal mehr in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit rückte, bildeten die geopolitischen Faktoren der internationalen Energiesicherheit offenbar keine Frage, mit der sich Deutschland zu beschäftigen hatte [5].

Deutschland hat hierbei nicht nur die seit Mitte der 90er Jahre erkennbare Nachfrage aus der VR China, Indien und anderen asiatischen Staaten und die außenpolitischen Implikationen verschlafen – wobei der Vorwurf sowohl Wirtschaft wie Politik gemacht werden muss –, sondern hat auch die europäischen Diskussionen und Konzeptionen der EU weitgehend ignoriert. So hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2004 den Preisanstieg bei Rohöl auf mehr als 50 US\$ vor allem auf Spekulationsgeschäften in Folge der regionalen Instabilitäten im Irak und anderen Rohöl exportierenden Golf-Staaten (insbesondere Saudi Arabien) zurückgeführt. Trotz der zu konstatierenden „Angst-Prämie“ von zeitweise bis zu 7-15 US\$ auf Grund der weltweiten politischen Instabilitäten der Exportländer (insbesondere im Mittleren Osten) wurden damit jedoch von der Bundesregierung, aber auch zahlreichen Kommentatoren, eher Ursache und Wirkung verwechselt.

Tatsächlich handelt es sich bei dem gegenwärtigen hohen Rohölpreis weder um eine situative Momentaufnahme noch um ein temporäres Problem, sondern um grundsätzlich sich verändernde wirtschaftliche und politische Rahmen-

bedingungen sowie tiefer liegende Strukturprobleme der globalen Energie-sicherheit [6]. So sind die sehr viel bedeutenderen strategischen Trends der zukünftigen internationalen Energieversorgung einerseits vor allem auf die größere Energienachfrage aus Asien (insbesondere China und Indien) zurückzuführen, andererseits auf nur noch begrenzte weltweit verfügbare freie Produktionskapazitäten, die für einen schnelleren Anstieg der globalen Rohöl- und Erdgasnachfrage oder für den Ausfall von eingeplanten Produktionskapazitäten kurzfristig zusätzlich mobilisiert werden können. So musste sogar die International Energy Agency (IEA) die weltweite Rohölnachfrage im Mai 2004 wiederholt nach oben korrigieren. Statt der zunächst prognostizierten Rohölnachfrage von 78,7 Mio. Fass Rohöl pro Tag (mb/d) musste diese auf 82 und später 83 mb/d nach oben korrigiert werden. Damit ist das Wachstum fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Tatsächlich war die globale Rohölnachfrage in 2004 mit 3,4 % weit über der bisher gewöhnlicher Zunahme von 1,2 %. Demnach war die weltweite Rohölnachfrage schneller gestiegen als jemals zuvor in den letzten 25 Jahren.

Nahezu ein Drittel war dabei auf die Rohölnachfrage aus China zurückzuführen. Diese stieg um nicht weniger als 16 % auf offiziell 6,2 mb/d steigen (5,49 mb/d im Jahr 2003). Damit war China in jenem Jahr allein für 40 % des Anstiegs der weltweiten Rohölnachfrage verantwortlich. Während in den OECD-Staaten seit Jahren eine Abkoppelung von Wirtschaftswachstum und (geringere) Zunahme der Energienachfrage stattfindet, steigt der Energiebedarf Chinas noch immer schneller als das Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig ist Peking in diesem wie im letzten Sommer gezwungen, den Energieverbrauch zu reduzieren, wenn eine größere nationale Energiekrise mit den möglichen Folgen einer Wirtschaftskrise und mangelnden Attraktivität als Wirtschaftsstandort vermieden werden sollen. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass die gegenwärtige Energiekrise – im Gegensatz zu jenen von 1973/74, 1980/81 und 1991 – nicht auf einen plötzlich auftretenden größeren regionalen Konflikt, sondern erstmals in der jüngeren Geschichte nach 1945 auf die globale und regionale Nachfrage vor allem aus Asien zurückzuführen ist.

Verschlafen wurde von Deutschland aber vor allem, dass auch die Europäi-

sche Kommission bereits im November 2000 ein „Grünbuch“ zur zukünftigen „Energieversorgungssicherheit“ verabschiedet hatte, indem bereits auf zahlreiche strukturelle Schwachstellen der EU sowie die zukünftigen Herausforderungen aufmerksam gemacht worden war. Dabei wurde zu Recht die Frage der zukünftigen Versorgungssicherheit als „Achillesferse“ der europäischen Wirtschaft bezeichnet [7].

Die Frage der Versorgungssicherheit der EU aus Brüsseler Sicht und die Auswirkungen auf Deutschland

Die EU-25 ist bereits heute der weltweit größte Energieimporteur der Welt und damit einer wachsenden Abhängigkeit von Energieimporten – vor allem bei Rohöl und Erdgas – ausgesetzt. Mit Sorge sah die EU-Kommission bereits vor fast fünf Jahren (noch vor der Erweiterung) den Anstieg der Abhängigkeit von Energieimporten auf 70 % bis zum Jahr 2030, während die Erd-

ölimporte der EU von 76 auf 90 % des Erdölverbrauchs, die Erdgasimporte von 40 auf 70 % und von Kohle von 50 auf mehr als 70 % zunehmen könnten [8]. Der Grund hierfür ist nicht so sehr ein größerer Energiebedarf, sondern das Schwinden vor allem der eigenen Rohölreserven in der Nordsee, die sich nach derzeitigem Stand etwa in 2020 weitgehend erschöpft haben dürften. Seit Juni 2004 ist Großbritannien bereits zum Netto-Rohölimporteur geworden. Der Scheitelpunkt („Peak“) der Rohölproduktion war bereits 1999 überschritten worden. Im Zeitraum 2006-2008 wird Großbritannien auch Nettoimporteur bei Erdgas werden. Auch in Norwegen – achtgrößter Rohölproduzent und drittgrößter -exporteur sowie viertgrößter Erdgasexporteur der Welt – sind die Aussichten bei der Rohölproduktion beschränkt, während die Erdgasreserven in der Nordsee inzwischen sogar um 30 % niedriger beziffert wurden als ursprünglich proklamiert worden war [9]. Dies erklärt, warum norwegische Energiekonzerne ihre zukünftigen Aktivitäten zunehmend auf die Arktis verlagern, wo (einschließlich

der russischen Gebiete, Alaska und die Barentssee) bis zu 25 % der weltweit noch nicht entdeckten Öl- und Gasressourcen vermutet werden [10].

Damit aber nehmen die Risiken und Verwundbarkeit der zukünftigen Versorgungssicherheit der EU vor allem bei Rohölimporten von außerhalb der EU zu. Angesichts der globalen Rohölresourcen vor allem im Mittleren Osten, in geringerem Maße im Kaspischen Becken und Afrika wird die EU also von Rohölimporten aus traditionell instabilen Regionen weitaus abhängiger werden. Durch die internationale Umweltpolitik (Kyoto-Abkommen) werden die EU-Staaten zudem ihre Erdgasimporte erheblich vergrößern (ca. vervierfachen), so dass auch bei diesem Energieträger angesichts der fehlenden eigenen Ressourcen eine zunehmende Abhängigkeit von problematischen Lieferländern entstehen werden. Inwieweit hierbei Russland wirklich einen Ausweg bilden kann, soll später geklärt werden.

Auf jeden Fall wird die Frage der Energieversorgungssicherheit zukünftig

eine wesentliche größere Bedeutung sowohl für die EU als auch für Deutschland einnehmen müssen [11]. So wird der Glaube, dass „der globale Markt alles regelt“, kritisch hinterfragt und statt dessen die globalen sowie geopolitischen Dimensionen der zukünftigen internationalen Energiesicherheit sehr viel stärker beachtet werden müssen. Daher ist eine konsistente Strategie für die Energiesicherheit Deutschlands erforderlich, die jedoch nur im Kontext einer Gemeinsamen Europäischen Energiepolitik (GEEP) realistisch und sinnvoll ist und von der Bundesregierung unterstützt sowie forciert werden sollte [12].

Aus deutscher Sicht müssen dabei zunächst einmal ein paar grundlegende und nicht mehr hinterfragte Annahmen korrigiert werden. So war auch in den 90er Jahren auch in den politikwissenschaftlichen Diskussionen die stereotype Annahme weit verbreitet, dass in Zeiten der Globalisierung nur noch die Wirtschaft zähle („it's the economy – stupid“), der Staat sich weitgehend aus der wirtschaftlichen Beziehungen zurückziehe und auch die Außenpolitik keine Einfluss auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nehmen solle. Doch bereits die Asienkrise 1997/98 lehrte das Gegenteil: Wirtschaft und Politik können nicht getrennt voneinander gesehen werden. Ohne adäquate politische Rahmenbedingungen (Demokratie, soziale Marktwirtschaft, Rechtsstaat mit seinen „checks and balances“ sowie Transparenz und Medienfreiheit) ist eine langfristige und nachhaltige wirtschaftliche Stabilität für in- und ausländische Investoren auf Dauer nicht gegeben. Wirtschaftliche und politische Stabilität bedingen sich somit gegenseitig. Eine dauerhafte internationale Energieversorgungssicherheit kann demnach nur dann vorausgesetzt werden bzw. ist gegeben, wenn die politischen Rahmenbedingungen in den Exportstaaten stabil bleiben. Wenn diese aber fraglich oder gar von struktureller Instabilität geprägt sind, ist das Vertrauen auf die Allheilkräfte der Marktwirtschaft illusorisch. Vor diesem Hintergrund werden „Political Risk Analyses“ von Ländern und Regionen um so wichtiger.

Diese scheinbar eher banale argumentative Kausalkette wurde jedoch von Wirtschaft und Politik in Deutschland geflissentlich ignoriert, war doch Deutschland bisher zwar von größeren Preisanstiegen bei Rohöl betroffen, nicht jedoch von einer größeren ernst-

haften Versorgungskrise. Von daher überrascht es auch nicht, dass in Deutschland die Kompetenz für Fragen der Energiesicherheit – im Gegensatz zu vielen anderen Staaten (einschließlich der USA, aber auch einigen EU-Staaten wie Frankreich und Großbritannien) – bis heute fast ausschließlich beim Wirtschaftsministerium liegt. So sah auch das deutsche Außenministerium bisher keinen Anlass, seine eigene außen- und sicherheitspolitische sowie regionale Kompetenz in eine integrative staatliche Energiesicherheitsstrategie der gesamten Bundesregierung einfließen zu lassen. Dies überrascht nicht zuletzt deswegen, weil Außenminister Joschka Fischer wiederholt von der Perspektive von Ressourcenkriegen in den nächsten Jahrzehnten gewarnt hat. Vermutlich ist die politisch-wirtschaftliche Abstimmung des Wirtschaftsministeriums mit dem Umweltministerium schon ohnehin als schwierig genug eingeschätzt worden, als dass ein zusätzlicher Abstimmungsprozess mit einem weiteren Ministerium gesucht wurde. Der vermeintlich leichtere Weg ist aber oft nicht der bessere oder gar der richtige.

Dieses Ausblenden der geopolitischen Rahmenbedingungen jedoch steht in krassem Gegensatz zu den USA und einigen anderen EU-Staaten wie auch der EU selbst, bei der ein strategischer Dialog und Abstimmungsprozess zwischen Wirtschafts- und Außenministerien ganz bewusst gesucht wird. So ist die Frage der Energiesicherheit inzwischen auch integraler Bestandteil nicht nur der EU-Kommission für Transport und Energie, sondern auch bei den Außenpolitikern der EU. Sie hat auch explizit in der ersten globalen „Europäischen Sicherheitsstrategie“ vom Dezember 2003 Erwähnung gefunden [13]. So wird im Büro des Hohen Repräsentanten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU, Herrn Javier Solana, intensiver über die außen- und sicherheitspolitischen Dimensionen der zukünftigen europäischen Energiesicherheit nachgedacht. Zudem hat inzwischen nicht nur das britische Außenministerium eine eigene Energiestrategie verabschiedet [14], sondern auch die Niederlande sind gerade dabei, ein ähnliches Grundsatzdokument auf Seiten des Außenministeriums zu erarbeiten und suchen die Diskussion mit dem deutschen Außenministerium, welches konzeptionell noch immer nicht auf diese zentrale Frage deutscher Energie-, Wirtschafts- und Außen- sowie Sicherheitspolitik vorbereitet ist.

Warum ein solcher institutioneller Diskussions- und Abstimmungsprozess zwischen Wirtschafts- und Umweltministerien auf der einen Seite und den Außen- sowie Verteidigungsministerien auf der anderen Seite auch in Deutschland dringend notwendig ist, erklärt sich aus der zunehmenden Bedeutung der geopolitischen Faktoren, den globalen strategischen Energietrends und der gegenseitigen Verflechtung von Wirtschafts- und Außenpolitik im Zeitalter der Globalisierung.

Globale strategische Energietrends und die Bedeutung geopolitischer Faktoren

Die Spekulationen von einem vor schnellen Ende des Ölzeitalters sind nicht der eigentlich Grund für den hohen Ölpreis und warum die EU-Regierungen wirklich besorgt sein sollten, da selbst bei Überschreiten des weltweit täglichen Produktionsmaximums immer noch die nicht-konventionellen Ölvorkommen (wie kanadische Teersande) zur Verfügung stehen und die Innovationsfähigkeit zur Entwicklung neuer Förder-, Abbau- und Weiterverarbeitungstechnologien meist unterschätzt wird.

Die eigentliche Problematik der internationalen Energiesicherheit liegt vielmehr in der kurz- bis mittelfristigen Zukunft somit nicht so sehr in der Endlichkeit von Rohöl- und Erdgasreserven (41 bzw. 60 Jahre), sondern primär (1) in der Anhäufung regionaler Krisen und innenpolitischer Instabilitäten in den Rohöl- und Erdgas produzierenden sowie exportierenden Staaten, (2) zunehmend begrenzten freien Produktionskapazitäten als Folge des globalen Wettbewerbsdrucks zur Reduzierung kosten trächtiger Produktionsredundanzen und einer unerwartet schnellen globalen Rohölnachfrage und (3) einem riesigen Investitionsbedarf in deren neue Infrastruktur (Exploration, Raffinerien, Pipelines, Hafenanlagen etc.) [15].

Diese freien Produktionskapazitäten, die beim Ausfall in einem oder mehreren Ländern Exportstaaten als Ausgleich zur Stabilität der Weltrohölversorgung mobilisiert werden können, waren noch nie so begrenzt wie heute. Bereits im April 2003 war die theoretisch verfügbare freie Rohölproduktionskapazität bereits von 7,3 auf nur noch 0,7-1,2 mb/d gesunken – gerade einmal 2 % der globalen Nachfrage. Auf Grund der globalen Rohölnachfrage vor

allem aus China und Indien sowie auf Grund der innenpolitischen Konflikte in Venezuela, Indonesien, Nigeria und anderer Erdöl fördernden Länder war nur noch Saudi Arabien in der Lage, noch größere freie Reserve-Förderkapazitäten zu mobilisieren. Die Schlüsselstellung Saudi Arabiens als „Zentralbank für Öl“ für die globale Energiesicherheit resultiert somit nicht allein aus seinem Status als weltgrößter Erdölproduzent mit den größten Erdölressourcen, sondern vor allem aus dem Faktum, dass Riad mit traditionell mindestens zwei Fünftel der weltweit freien Produktionskapazitäten (von US-Experten als „Energieäquivalent von Nuklearwaffen“ [16] charakterisiert) der einzige Rohölproduzent ist, der über derartig nennenswerte Kapazitäten verfügt. Riad kann so weltweite Produktionsausfälle als Folge von politischen Unruhen und Streiks, militärischen Konflikten und Umweltkatastrophen zur Stabilisierung der internationalen Rohölpreise und der Weltwirtschaft ausgleichen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat kürzlich der OPEC dringend geraten, die Reservekapazitäten auf 3-5 mb/d zu erhöhen, um die zukünftige Stabilität der Weltwirtschaft zu garantieren. Dies aber ist allenfalls in mittelfristiger Perspektive umsetzbar. Zudem bestehen erhebliche Zweifel, inwieweit neben Saudi Arabien auch andere OPEC-Staaten hierzu wirklich politisch und ökonomisch willens sind [17].

Warum aber sind diese Förderkapazitäten heute so gering? Zum einen war der Ölpreis lange Zeit für viele Ölkonglomerate so niedrig, dass sie zuwenig für den zukünftigen schnellen Anstieg der globalen Nachfrage in der Vergangenheit investiert haben. Zum anderen haben die sich beschleunigenden Globalisierungsprozesse die weltweite Konkurrenz verschärft. Durch den zunehmenden Kostendruck waren die global operierenden Ölkonglomerate gezwungen, Einsparungen zu forcieren, die letztendlich auch bei den teuren freien Produktionskapazitäten vorgenommen wurden. Da auch die Regierungen der Exportstaaten keinen Handlungsbedarf sahen, weil die globale Nachfrage völlig unterschätzt wurde, sind diese Reserveförderkapazitäten heute auf rund 1 Mio. Fass Rohöl pro Tag (mb/d) abgesunken. Dies wäre zumindest dann kein größeres Problem, wenn zukünftig davon ausgegangen werden könnte, dass die innenpolitische und regionale politische Stabilität der wichtigsten Exportstaaten gegeben sei. Doch davon kann nach Ansicht fast aller Regional- sowie außen-

und sicherheitspolitischen Experten nicht ausgegangen werden. Inzwischen raten daher auch die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris, die Energy Information Administration (EIA) in den USA, der World Energy Council (WEC) [18] und nicht zuletzt die EU, dem Faktor der Energieversorgungssicherheit eine wesentliche größere Aufmerksamkeit in der Ausrichtung der nationalen und internationalen Energiesicherheit und damit auch den geopolitischen Faktoren zu widmen. Dies aber setzt einerseits eine enge, institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Wirtschafts-, Umwelt- und auch Außenministerium voraus (die bis heute in Deutschland nicht gegeben ist), andererseits die intensivere Analyse der strategischen Energietrends und geopolitischen Entwicklungen.

Nach Auffassung der IEA und zahlreicher anderer Energieorganisationen müssen folgende strategischen Trends und Fakten bei der Ausrichtung und Konzeption einer zukünftigen nationalen und internationalen Energiepolitik beachtet werden [19]:

- trotz weltweiten Ausbaus alternativer Energieträger werden fossile Brennstoffe bis zum Jahr 2030 die wichtigste Primärenergiequelle bleiben und dabei mehr als 85 % des weltweiten Energieanstiegs decken müssen;
- obwohl Erdgas mit jährlich 2,4 % die schnellste wachsende fossile Brennstoffenergiequelle sein wird, bleibt Erdöl mit 37 % des weltweiten Energiemixes vor allem dank der Expansion des Transportsektors (der von gegenwärtig 47 % auf etwa 55 % des gesamten Ölverbrauchs ansteigen wird) die wichtigste globale Energiequelle bis 2030;
- erneuerbare Energiequellen und neue Technologien (wie die Brennstoffzelle) werden demnach eine größere Rolle bei der weltweiten Energieversorgung erst nach 2020/2030 einnehmen können;
- im Jahr 2020 gehen die OPEC, die IEA und EIA von einem Gesamtbedarf an Rohöl von 109-121 mb/d (gegenwärtig 84mb/d) aus. Hiervon wird die OPEC jedoch allein etwa 55-65 m b/d produzieren, so dass der Anteil der OPEC an der weltweiten Rohölproduktion von gegenwärtig etwa 40 % auf mehr als 50 % steigen dürfte;

- die zukünftige Erhöhung der weltweiten Nachfrage nach Primärenergie wird zu mehr als 60 % auf die Entwicklungsländer als Resultat ihres schnellen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums entfallen. Auch Industrialisierung, Urbanisierung und der Ersatz nicht-kommerzieller Biomasse durch kommerzielle Brennstoffe begründen den erheblich größeren Anstieg der Primärenergienachfrage gegenüber den OECD-Staaten;
- während der Anteil der OECD-Staaten bei der weltweiten Energienachfrage von 58 auf 47 % im Zeitraum 2000-2030 fallen wird, dürfte derjenige der Entwicklungsländer von 30 auf 43 % im gleichen Zeitraum zunehmen, auch wenn dann der Pro-Kopf-Anteil noch immer erheblich niedriger als in den USA und Europa liegen wird. Bei der globalen Rohölnachfrage werden die Entwicklungsländer allein für 29 mb/d des prognostizierten globalen Anstiegs der Rohölkonsumption von bis zu 45 mb/d verantwortlich sein;
- während Asien bereits heute ein Viertel des Weltrohölbedarfs verbraucht, wird der Energieverbrauch in den nächsten 20 Jahren um etwa das Doppelte steigen. Im Jahr 2020 wird Gesamtasien bis zu 80 % (gegenwärtig 60 %) seines Rohölbedarfs importieren müssen (USA 27 %);
- China befindet sich schon heute in einer immer größeren Energiekrise und war bereits im Sommer 2004 gezwungen, 30 Mio. kwh Strom einzusparen. In fast zwei Dritteln des Landes wird der Stromkonsum aus klimatischer und wirtschaftlicher Überhitzung reduziert. Fast 6 400 Unternehmen mussten per staatlicher Anordnung jeweils eine Woche bis Mitte August schließen, damit das Stromnetz nicht völlig zusammenbricht. In den ersten sechs Monaten wurden von staatlicher Seite landesweit mehr als 750 000 temporäre Stromausfälle angeordnet;
- trotz der Anstrengungen China zur Einführung erneuerbarer Energien (insbesondere Windenergie) wird deren Anteil an der Stromproduktion angesichts des gewaltigen Energiebedarfs bis 2010 lediglich auf 10 und bis 2020 auf 12 % steigen;
- zudem wird sich zukünftig nicht nur Chinas und Indiens Energiebedarf, sondern auch derjenige der ASEAN-Staaten bis 2020 verdoppeln. Trotz neuer Anstrengungen auch dieser Staaten wird Rohöl der wichtigste Energieträger bleiben, obwohl die regionale Eigenproduktion sich verringern wird;
- inzwischen hat Südostasien bereits weniger Erdölreserven als Europa. Der größte Rohölproduzent in der Region, Indonesien wurde in 2004 zum ersten Mal zum Netto-Rohölimporteur, da sich die Ölfelder erschöpft haben, Produktionsausfälle zu beklagen waren und Auslandsinvestitionen auf Grund der gewaltsamen innenpolitischen Instabilitäten ausblieben;
- gleichzeitig verändert sich die Machtbalance in der globalen Ölindustrie, da die großen multinationalen Ölkonzern wie BP, ExxonMobil, Royal Dutch Shell u. a. zunehmend nicht nur mit den staatlichen Ölgesellschaften der Exportländer, sondern mit den Regierungen direkt verhandeln müssen. Auch ist unverkennbar ein Ressourcennationalismus in zahlreichen Erdöl und Erdgas produzierenden und exportierenden Staaten erkennbar (wie derzeit z. B. in Bolivien, dem zweitgrößten Erdgasproduzenten in Südamerika, Venezuela und auch in Russland). Zudem konkurrieren sie zunehmend mit staatlichen Energiefirmen (wie vor allem in China), die mit finanzieller Rückendeckung ihrer Regierungen jeden üblichen Marktpreis beim Kauf von Erdölrechten, -feldern und bei Übernahmen von Firmen toppen. Dies alles hat wenig mit marktwirtschaftlichen Spielregeln, dafür um so mehr mit einer unilateralen nationalstaatlichen Ressourcendiplomatie zu tun. Diese läuft aber letztendlich auf ein Null-Summenspiel hinaus (d. h. nur die nationale Energiesicherheit, nicht aber die regionale oder gar globale Versorgungssicherheit wird beachtet) und riskiert, dass andere Staaten sich gezwungen sehen, mit einer entsprechenden unilateralen Gegenstrategie zu folgen [20]. Dies aber kann die Gefahren von latenten bis zu offenen und gewalttätigen Ressourcenkonflikten zwischen Staaten in gefährlicher Weise erhöhen, wie viele sicherheitspolitische Experten in Asien bereits seit

Mitte der 90er Jahre befürchtet haben [21].

Diese Dimensionen einer sich rapide beschleunigenden Nachfrage nach fossilen Energieressourcen könnte sich durch die erwarteten politische Instabilitäten in den Exportstaaten noch erheblich verschärfen. Tatsächlich werden von regional-, außen- und sicherheitspolitischen Experten zukünftig wesentlich mehr lokale oder sogar regionale Instabilitäten – wie verschiedene Formen von Embargos, physische Unterbrechungen oder massive Marktbeeinträchtigungen (wie die Energiekrise in Kalifornien oder die spektakulären Stromausfälle in Italien, London und Skandinavien in 2003) – vermutet. Diese werden nicht nur zu einer erheblich größeren Volatilität der Preisentwicklung führen, sondern könnten auch die zukünftige internationale Energiesicherheit erheblich negativ beeinflussen. In jüngster Zeit haben ohnehin weltweit (und nicht nur im Irak) Anschläge terroristischer Gruppierungen und Piraten auf Tanker, Pipelines, Raffinerien oder sonstige Infrastruktureinrichtungen der globalen Energiesektoren erheblich zugenommen. Zudem wächst auch die Gefahr von Störungen und Lieferunterbrechungen durch die immer größeren maritimen Energietransporte durch strategische Nadelöhre („choke points“ wie den Bosphorus, Straße von Hormuz, Malakka-Straße etc.). Allein die Produktion von Flüssiggas (LNG) wird in bereits kurzfristiger Perspektive bis 2010 auf 375 Mrd. Kubikmeter (bcm) – dies ist ein Anstieg um 89 % – zunehmen. Während z. B. der importierte LNG-Anteil in den USA heute lediglich 3 % ausmacht, dürfte dies in 2010 bereits 10 % sein [22].

Mit den weltweit steigenden Rohöl- und Erdgasimporten wird die weltpolitische Bedeutung der Krisenregion des Mittleren Ostens nicht nur für Asien, sondern auch für die EU noch weiter zunehmen. Der Grund hierfür liegt vor allem in der Konzentration der Erdöl- und Erdgasressourcen auf wenige Regionen mit einer fragwürdigen politischen Zukunft:

- 90 % der nachweisbaren Erdölreserven befinden in der islamischen Welt und reichen von den zumeist noch unerschlossenen Feldern in Zentralasien und dem Kaspischen Becken bis in den Persischen Golf;
- allein die sechs Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrates (Gulf Cooperation Council/GCC) – Bah-

rain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi Arabien und die Vereinigten Emirate – verfügen über 45 % der derzeit weltweit nachweisbaren Ölreserven und 15 % der globalen Gasresourcen;

- unter Einschluss Iraks und Irans verfügt die gesamte Region des Persischen Golfes über etwa 65 % aller Weltölreserven und 34 % aller globalen Erdgasreserven;
- gleichzeitig müssen jedoch 10 der 14 führenden rohölexportierenden Staaten als innenpolitisch instabil eingestuft werden, die bei Aufbrechen der Konflikte zu Unterbrechungen des Rohöl- und Erdgasexportes für den Weltmarkt führen können;
- bereits gegenwärtig werden 50 % der Weltenergienachfrage von Erdöl produzierenden Staaten gedeckt, deren innenpolitische Instabilität ein hohes Risiko darstellt;
- die OPEC wird zukünftig wieder einen Anteil von mehr als 50 % der

Weltrohölproduktion verfügen. Sollten die Nahostländer zukünftig erkennen, dass für die westlichen Ölfirmen in Zukunft keine entsprechenden Ausweichmöglichkeiten bestehen, ist eine machtpolitische Verschiebung der Gewichte zwischen Erdöl produzierenden und -importierenden Staaten zu Gunsten der OPEC nicht ausgeschlossen, wenn nicht sogar vorprogrammiert.

Mit der Verschiebung der weltweiten Rohölnachfrage aus den westlichen Industriestaaten zu den bevölkerungsreichsten industriellen Schwellenstaaten – wie China und Indien – wird sich im 21. Jahrhundert auch der globale Anteil der Raffinerien aus den USA und Europa nach Asien und anderen Weltregionen verlagern. Dies bedeutet, dass nicht nur die global steigende Nachfrage nach Rohöl aus politisch instabilen Regionen gedeckt werden muss, sondern sich auch 60 % des weltweiten Raffineriesystems in zumeist politisch instabilen Ländern und Regionen befinden wird.

Vor diesem Hintergrund können Energieengpässe mit drastischen Preissteigerungen oder sogar größeren Versorgungskrisen für den mittelfristigen Zeitraum bis 2020 immer weniger ausgeschlossen werden. Dies gilt vor allem dann, wenn Saudi Arabien als größter Erdölproduzent mit den größten nachweisbaren Rohölreserven sowie den einzig nennenswerten freien Produktionskapazitäten ausfallen sollte [23].

Um aber den Anstieg der weltweiten Energienachfrage um 59 % bis 2030 (wobei zwei Drittel allein auf China und Indien entfallen) zu garantieren, muss die Rohölproduktion im Persischen Golf um 80 % erhöht werden. Die Produktion müsste demnach in Saudi Arabien von gegenwärtig 10-11 mb/d auf dann 18-20 mb/d erhöht werden. Zur Zeit sind aber nur Pläne einer Erhöhung auf bis zu 15 mb/d möglich. Die Gesamterhöhung der Rohölproduktion im Persischen Golf ist aber ohnehin nur erreichbar, wenn (1) ausreichende ausländische Investitionen erfolgen, (2) der Irak und Iran von allen Sanktionen und Embargos befreit sind sowie (3) die Ge-

samtregion politisch stabil ist! Letztere Anforderung ist aber kaum zu erwarten, wie nicht zuletzt die von den „Arab Human Development Reports“ von 2002, 2003 und 2004 aufgedeckten Entwicklungsdefizite und der nach wie vor völlig unzureichende wirtschaftliche sowie politische Reformwille der meisten arabischen Staaten bei rapide steigender Bevölkerungszunahme eindrucksvoll dokumentiert haben [24].

Globaler Investitionsbedarf im Energiebereich und die Notwendigkeit stabiler Rahmenbedingungen

Große ausländische Investitionen werden jedoch nur dann von privaten Energiekonzernen erfolgen, wenn stabile politische Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen gegeben sind. Ohne diese Investitionen aber drohen viele Rohöl- und Erdgas exportierende Staaten ihre wirtschaftliche Grundlage zu verlieren. Dies aber kann zu noch größeren innenpolitischen Unruhen und Instabilitäten führen, die wiederum ausländische Investoren abschrecken, so dass ein Teufelskreis entsteht, wie gegenwärtig im Irak, aber auch in zentralasiatischen (Kaspisches Becken) und afrikanischen Staaten beobachtet werden kann. Allerdings ist empirisch auch feststellbar, dass der Öl- und Erdgasreichtum von Staaten gleichfalls keine politische Stabilität automatisch verspricht oder aber Entwicklungen in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft beschleunigt. Vielmehr gelingt es den neuen Exportstaaten, ihre Bevölkerungen häufig (zumindest zeitweise) erfolgreich sozial-ökonomisch zu pazifizieren, womit wichtige ökonomische und politische Reformen aufgeschoben werden, wie dies in den letzten 15 Jahren in den meisten Golf-Staaten zu konstatieren war [25].

Der Investitionsbedarf allein für die Erschließung neuer Erdöl- und Erdgasfelder der sechs Mitgliedsstaaten des Golf-Kooperationsrates wird auf etwa 300 Mrd. US\$, während die IEA die Investitionen in den Nicht-OPEC-Staaten auf weitere 1 Bio US\$ über die nächste Dekade geschätzt hat. Insgesamt beziffert die IEA die gesamten weltweiten Investitionskosten sogar auf 16 Bio. US\$. Auf einem APEC-Treffen wurde der Investitionsbedarf allein in die Öl-Infrastruktur Asiens nach konservativen Schätzungen auf bis zu 4,4 Bio. US\$ geschätzt, um so ein durchschnittliches

Wirtschaftswachstum von lediglich 3,5 % in der Region bis 2020 sicherzustellen – ungeachtet dessen, dass inzwischen auch die ASEAN-Staaten dem Vorbild Chinas folgen wollen, etwa 10 % ihres gesamten Energieverbrauchs wiederzugewinnen. Auch in Deutschland werden die enormen Investitionssummen in die Sicherstellung der zukünftigen Energieerzeugung auf immerhin 40 Mrd. € in neue Netze, Leittechnik und Kraftwerke beziffert und deren Aussichten gleichfalls nur bedingt gegeben sind.

Die Notwendigkeit einer neuen nachhaltigen Energiepolitik unter stärkerer Berücksichtigung der Versorgungssicherheit

Der deutsche Provinzialismus, gepaart mit einer ideologisch-dogmatischen statt pragmatischen Ausrichtung, ist für die Bewältigung der zukünftigen Energiesicherheit eine denkbar schlechte Voraussetzung. Dies gilt nicht nur für die bisher völlig unzureichende Berücksichtigung globaler Faktoren sowie Entwicklungen. Prinzipiell macht im Zeitalter der Globalisierung und der wirtschaftlich-politischen Integration der EU eine nationale Energiepolitik sowohl aus wirtschaftlichen als auch politischen Gründen immer weniger Sinn. Doch hat auch die Bundesregierung unter Gerhard Schröder bisher eine Übertragung von Kompetenzen und Souveränitäten an Brüssel zur Ausarbeitung einer Gemeinschaftlichen Europäischen Energiepolitik (GEEP) nicht wirklich gesucht, weiß sie doch, dass die deutsche Ausrichtung der Energiepolitik innerhalb der EU nicht mehrheitsfähig ist. Es gibt kaum ein anderes Wirtschaftsfeld, wo die Bundesregierung und vor allem der grüne Koalitionspartner so EU-feindlich gesinnt sind wie auf diesem Gebiet. So ist z. B. eine einseitige Instrumentalisierung außen- und sicherheitspolitischer Faktoren im Kontext der nationalen Energieversorgungssicherheit für die Förderung von Alternativen augenfällig, während Kernkraft und Kohle gleichfalls zu einer erheblichen Stärkung der nationalen und europäischen Energieversorgungssicherheit beitragen könnten. Aber nicht mal im Sinne der international bedeutsamen Klimapolitik wird die Kernkraftoption als ein wichtiges Standbein begriffen. Auch sind sowohl die EU-Kommission als auch die IEA, der WEC und zahlreiche internationalen Energieexperten

zur Schlussfolgerung gekommen, dass zur Bewältigung der zukünftigen globalen Energienachfrage und die Stabilität der weltweiten Versorgungssicherheit alle Energieträger – einschließlich Kernenergie und auch Kohle – benötigt werden. Dabei geht es in Deutschland ohnehin nur primär über die zeitliche Aussetzung der Ausstiegsentscheidung und gegenwärtig nicht so sehr um Pläne des Neubaus von Kernkraftwerken. Während so die sichersten Kernkraftwerke in Europa abgeschaltet werden, haben Finnland, Frankreich, Russland, Italien, zahlreiche osteuropäische Beitrittsstaaten und neuerdings auch Großbritannien verkündet, entweder nicht auf die Kernkraftoption zu verzichten oder sogar den Neubau von Kernkraftwerken proklamiert bzw. dies ernsthaft untersuchen zu wollen [26]. In einem neuen Bericht prognostiziert die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), dass die Nutzung der Kernenergie auf der ganzen Welt bis 2020 um bis zu 46 % und bis 2030 sogar um bis zu 70 % zunehmen könnte. Der Anteil der Kernenergie an der Elektrizitätserzeugung würde aber dennoch auf Grund der generellen größeren globalen Elektrizitätsnachfrage in diesem Zeitraum von gegenwärtig 16 % auf dann 11-12 % fallen [27]. Die Gründe für die Expansion der Kernenergienutzung sind sowohl in der internationalen Umweltpolitik (Kyoto-Protokoll) als auch wirtschaftlichen (einschl. des Bevölkerungszuwachses) sowie versorgungspolitischen Gründen (Diversifizierung von Energieträgern, begrenzte natürliche Ressourcen und Reduzierung vor allem der Erdölabhängigkeit) zu suchen.

Gleichsam bezeichnend ist für die deutsche Diskussion, dass auch der Energieträger Kohle ausschließlich unter der Subventions- und Umweltproblematikproblematik diskutiert wird, obwohl dies der einzige nennenswerte fossile Energieträger in Deutschland ist. Dem Faktor Versorgungssicherheit wird nach wie vor nur wenig Beachtung geschenkt. Während die Frage der zukünftigen Versorgungssicherheit gegenwärtig z. B. in einer Expertenarbeitsgruppe in der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag intensiver diskutiert wird (in welche der Autor dieser Analyse involviert ist), wurde der jüngste Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen der neuen Koalitionsregierung von CDU und FDP noch immer mit populistischen Losungen („Bildung statt Kohle“, „Kinder fördern statt Steinkohle“ etc.) geführt, wobei der Faktor der zukünftigen Versorgungssicherheit

Deutschlands weiterhin völlig ausgeblendet blieb. Vor allem in der FDP ist die politische Rückbesinnung auf liberalistische Grundüberzeugungen zwar auf den ersten Blick angesichts der bisher oft kritisierten mangelnden inhaltlichen Programmatik verständlich, verrät aber einmal mehr, dass die Partei bisher konzeptionell die Diskussionen der EU und auf internationaler Ebene nicht wirklich reflektiert hat. Dabei entfallen 71 % der deutschen Steinkohleförderung auf das Ruhrgebiet, so dass ein schneller Ausstieg oder weitere Drosselungen der Steinkohleproduktion Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit ganz Deutschlands haben würde. Auch der übliche Hinweis, dass genügend Kohle weltweit zu günstigeren Preisen für Deutschland verfügbar sei, übersieht auch hier die globalen strategischen Trends. Tatsächlich verfügen zwar viele Staaten über ausreichend Kohlevorkommen. Doch nur wenige exportieren diese auch. China und Indien, die über global erhebliche Kohlevorkommen verfügen, stellen diese für einen weltweite Kohleexport kaum zur Verfügung, während sie selbst zu 50-70 % in ihrem gegenwärtigen Primärenergiebedarf von Kohle abhängig sind. Stattdessen werden die einheimischen Kohlevorräte als strategische Energiereserve eingestuft. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass für den Steinkohleimport der EU lediglich die drei Länder Südafrika, Kolumbien und Australien primär verantwortlich sind. In Deutschland entfallen die Einfuhren zu 70 % auf lediglich vier Lieferländer: Polen, Südafrika, Kolumbien und Australien. Vor dem Hintergrund, dass der weltweite Kohleverbrauch (auch in China und Indien) trotz der globalen Klimapolitik weiterhin stark ansteigen (wenn sich auch im globalen Energiemix prozentual verringern) wird, droht auch hier ein verschärfter globaler Wettbewerb.

So ist bereits seit einigen Jahren ein zunehmender Konzentrationsprozess von Produktion und Reserven zu beobachten, der deutsche Kohleimporteure schon von einer „Kohle-OPEC“ sprechen lässt. Aus diesem Grund und solange eine mögliche neue Bundesregierung noch kein kohärentes energiepolitisches Konzept hat, welches der zukünftigen Versorgungssicherheit einen deutlich größeren Stellenwert zubilligt, sind unilaterale Alleingänge auf Länderebene – wie von der neuen Koalitionsregierung in Nordrhein-Westfalen angekündigt – in jeder Hinsicht kurzfristig und kontraproduktiv.

Energiepartnerschaft mit Russland: Ausweg, Sackgasse oder Einbahnstraße?

Durch den schleichenden Ausstieg aus der Kernkraft- und Steinkohlenutzung verstärkt sich der Druck auf noch höhere Importe der anderen Energieträger. Dies ist insbesondere für Erdgas der Fall, zumal die Anforderungen aus der Klimapolitik diesen Trend ohnehin verstärken. Der Bundeskanzler und die EU haben sich hierbei eindeutig für eine enge strategische Energiepartnerschaft mit Russland ausgesprochen [28]. Diese geht aber auf Seiten Deutschlands erheblich weiter als in Brüssel, das zugleich vor einem Ausstieg aus der Kernenergie warnt und sich für eine auf wesentlich stärkere Diversifizierung der Rohöl- und Erdgasimporte – wie aus dem Kaspischen Raum – ausspricht. Gerade auf Seiten Deutschlands droht aber bei Erdgas die derzeitige Abhängigkeit von etwa 40 % aller Erdgasimporte auf mindestens 60-70 % anzusteigen. Da Moskau seine Rohstoffmacht und die Energieabhängigkeit seiner Nachbarstaaten in Osteuropa und dem Kaspischen Raum mal mehr, mal weniger subtil als außen- und sicherheitspolitisches Instrument einsetzt und sich im Vergleich zur EU von einer völlig anderen Philosophie und Energiestrategie leiten lässt, ist eine derartig hohe Abhängigkeit sowohl unter wirtschaftlichen als auch politischen Gesichtspunkten problematisch [29]. Dies gilt um so mehr, als seit Beginn der Putin-Ära unverkennbar Renationalisierungsbestrebungen in Parlament und Kreml selbst erkennbar waren. So hat die Verwaltung des russischen Präsidenten im Sommer 2004 eine lange Zeit geheim gehaltene Liste von 1 063 als „strategisch“ definierten Firmen (ursprünglich waren es sogar über 3 000) veröffentlicht, die ganz oder teilweise in Staatsbesitz bleiben sollen. Hierzu zählen auch fast alle größeren und namhaften Energiefirmen Russlands [30]. Die Hoffnung des Bundeskanzleramtes auf strategische Marktvorteile für deutsche Firmen in den Schlüsselbereichen der russischen Wirtschaft ist bisher nicht erfüllt worden [31] und war von Beginn angesichts der innenpolitischen Konstellationen ohnehin unrealistisch. Die Yukos-Affäre und die kürzliche Anhebung des Kreml-Anteils bei Gasprom auf eine Mehrheitsbeteiligung von 38 auf 51 % bestätigt seit längerem die beobachtbaren Renationalisierungstendenzen. Ausländischen Firmen bleibt bei Beteili-

gungen nur die Juniorrolle mit weniger als zusammen 20 %. Zudem hat Russland inzwischen per Gesetz die Rechte von Auslandsinvestoren in ihrer ohnehin lediglich zugestandenen Juniorrolle noch weiter eingeschränkt, da z. B. nur in Russland registrierte Unternehmen an staatlichen Versteigerungen von Förderlizenzen teilnehmen dürfen [32]. Darüber hinaus verloren in Sachalin jüngst zwei US-Ölmultis ihre Lizenzen, die von Moskau kurzerhand als illegal eingestuft wurden, faktisch aber eine Enteignung bildeten, obwohl die russischen Energiefirmen auf Kooperationen mit amerikanischen Partnern angewiesen sind. Die nun offenbar bevorstehende Übernahme der Mehrheit am russischen Erdölkonzern Sibneft durch den staatlichen Erdgasmonopolisten Gasprom, mit dem der russische Staat innerhalb nur eines halben Jahres durch Zukäufe seinen Anteil an der Erdölproduktion von 6 auf fast 30 % steigern würde, läuft ebenfalls faktisch auf eine Verstaatlichung des nationalen Ölsektors hinaus [33]. All dies hat in Russland wenig mit Liberalisierung und Marktwirtschaft zu tun und widerspricht im übrigen auch einer WTO-Mitgliedschaft des Landes.

Inzwischen warnen nicht nur die EU-Kommission und die IEA Deutschland vor einer zu großen Energieabhängigkeit von Russland, die zudem auch für andere EU-Staaten (insbesondere die neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten) negative Auswirkungen auf ihre Bemühungen um eine größere Diversifizierung ihrer Importe haben würde, sondern auch die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs [34]. Eine Stärkung der Versorgungssicherheit der neuen osteuropäischen EU-Staaten (die oft bis zu 90-100 % von Russland bei Erdöl und Erdgas abhängig sind [35]) ist jedoch auch im strategischen Interesse Deutschlands wie der ganzen EU. Zwar gibt es zu einer wirklich strategischen Energiepartnerschaft zwischen EU und Deutschland auf der einen Seite und Russland auf der anderen Seite keine wirkliche Alternative, doch heißt dies nicht zwangsläufig, dass die Interessen und Strategien beider Seiten wirklich kompatibel sind, wie die fehlende Moskauer Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Energiecharta und das dazugehörige Transitabkommen zeigen. Eine naive und unkritische Haltung Deutschlands ist nicht nur aus außenpolitischen Gründen („Schweigen für Gas“) kontraproduktiv, sondern hilft auch nicht den in-

nenpolitischen Reformen für eine größere Liberalisierung und marktwirtschaftliche Ausrichtung der Energiepolitik Moskaus, an der Deutschland und die EU langfristig ein nachhaltiges Interesse haben.

Schlussfolgerungen und Perspektiven

Die Globalisierung der Energiemärkte erhöht zwar die gegenseitige Abhängigkeit von Produzenten- und Verbraucherländern. Sie erhöht jedoch gleichzeitig auch die Risiken und gegenseitige Verwundbarkeit angesichts von innenpolitischen und regionalen Krisen, gewalttätigen Konflikten bis hin zu terroristischen Anschlägen auf Pipelines, Raffinerien, Tanker und technischen Unfällen. Diese Lieferanten-, Beschaffungs- und Transportrisiken, insbesondere auch im maritimen Bereich, gelten für alle Importenergieträger und haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Mit der weiter steigenden Importabhängigkeit müssen zukünftig mehr denn je Erdöl- und Erdgas aus politisch instabilen Regionen eingeführt werden. Jeder Ausstieg bei einem Energieträger (wie Kernkraft und/oder Steinkohle) verstärkt die Importabhängigkeit und damit die Verwundbarkeit und Risiken für Deutschlands zukünftige Energiesicherheit. Daher müssen neue Maßnahmen für eine langfristige und nachhaltige politische Stabilisierung der Versorgungssicherheit und der außenpolitischen Kooperation mit den Exportländern forciert werden. Auch weitere Verbesserungen der Energieeffizienz und Energieeinsparung gehören hierzu, sind jedoch allein unzureichend. Demgegenüber muss die Diversifizierung von Energieträgern in einem nationalen und gemeinsamen EU-Energiemix sowie eine verstärkte Diversifizierung von Importen aus verschiedenen Energieexportländern und -regionen oberstes Gebot sein. Daher ist auch eine politische Diskussion notwendig, wie groß die Abhängigkeit bei Erdöl- und vor allem Erdgasimporten aus Russland langfristig wirtschaftlich und politisch sinnvoll ist.

Hinsichtlich der Steinkohle muss erklärtes Ziel der Politik nicht nur der Erhalt unter Berücksichtigung einer gesamtwirtschaftlichen Analyse vertretbaren Steinkohlebergbaus sein, sondern auch das Erfordernis der zukünftigen Versorgungssicherheit Deutschlands hierbei stärker als bisher Berücksichtigung finden. Je mehr Energieträger aus dem gesamten Energiemix her-

ausgebrochen werden (wie Kernkraft und Steinkohle), um so größer werden die Abhängigkeiten und damit auch die Verwundbarkeit Deutschlands. Vor dem Hintergrund der globalen Nachfrage, der hohen Konzentration von Erdöl- und Erdgasressourcen in der „strategischen Ellipse“ vom Persischen Golf bis zum kas-pischen Becken und der weiter zunehmenden, ohnehin hohen Importabhängigkeit von Erdöl und Erdgas der EU und Deutschlands empfehlen daher sowohl die EU-Kommission als auch die IEA, EIA und der Weltenergieat, dass alle energiepolitischen Handlungsoptionen offen gehalten und alle verfügbaren Energieträger zur Lösung der globalen Energienachfrage in der mittelfristigen Perspektive benötigt werden. Nur so könne zukünftig den Bedürfnissen an Versorgungssicherheit und Zuverlässigkeit der Energieversorgung entsprochen werden. Daher ist ein Verzicht auf die Nutzung fossiler Energieträger und Kernenergie in den nächsten Jahrzehnten weder realistisch noch vernünftig. In mittelfristiger Zukunft stellen die erneuerbaren Energien aber eine zunehmend wichtige Ergänzung für den künftigen Energiemix dar. Daher muss der unsinnige Streit zwischen erneuerbaren Energieträgern auf der einen Seite und fossilen sowie der Kernenergie auf der anderen Seite schnell beendet werden. Es geht nicht um das „entweder – oder“, sondern um das „sowohl – als auch“.

Hierbei müssen auch das Außenministerium, regional- und außen- sowie sicherheitspolitische Experten in eine integrative und von Synergieeffekten getragene aktive Energiesicherheitsstrategie Deutschlands institutionell einbezogen werden. Nur so kann dem Zeitalter und den sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Globalisierung wirklich konzeptionell und in der politischen Praxis Rechnung gezollt werden.

Anmerkungen

[1] Zum Hintergrund siehe hierzu auch Frank Umbach, Globale Energiesicherheit. Strategische Herausforderungen für die europäische und deutsche Außenpolitik, München 2003, hier S. 103 ff.; ders., Kooperation oder Konflikt in Asien-Pazifik? Chinas Einbindung in regionale Sicherheitsstrukturen und die Auswirkungen für Europa, München 2002, hier S. 330 ff. und ders., Global Energy Security: Geopolitical Consequences for EU-East Asian Relations. Vortragspapier für den Brainstorming Workshop „Economics & Politics of East Asian Cooperation, China's Role in this Process: Opportunities and Challenges for EU Policy“, veranstaltet von (Brussels) and Nomisma im Auf-

trag der Europäischen Kommission, DG External Relations, Brüssel, 16.-17. Juni, 2005, 30 S.

[2] Vgl. auch David Hale, China's Growing Appetites, in: National Interest, Summer 2004, S. 137-147.

[3] Vgl. auch Friedemann Müller, Versorgungssicherheit. Die Risiken der internationalen Energieversorgung, in: Internationale Politik (IP) 3/2003, S. 3-10 (7) und ders., Sicherheit der Energieversorgung – Zu kompliziert für Europas Politiker, Arbeitspapier FG10-AP Nr. 11, SWP, Berlin, August 2003.

[4] Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Nachhaltige Energiepolitik für eine zukunftsfähige Energieversorgung. Energiebericht, Berlin, Oktober 2001, S. 6 f. (via Internet – <http://www.bmwi.de/Homepage/download/energie/Energiebericht9MB.pdf>).

[5] Vgl. auch F. Umbach, Internationale Energiesicherheit und die strategischen Auswirkungen auf die europäische Außen- und Sicherheitspolitik, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS, Hrsg.), Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendiums-Ergänzungsband I, Hamburg-Berlin-Bonn 2004, S. 345-270 und ders., Die Zukunft der Weltenergiesicherheit, in: Wolfgang Wagner u. a. (Hrsg.), Jahrbuch Internationale Politik 2001-2002, München 2004, S. 141-150.

[6] Vgl. auch F. Umbach, Sichere Energieversorgung auch in Zukunft. Die Notwendigkeit einer europäischen Strategie, in: Internationale Politik (IP) 8/2004, S. 17-28.

[7] Vgl. Europäische Kommission, Grönbuch. Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit (angenommen am 29.11.2000 von der Kommission), Luxemburg 2001.

[8] Vgl. ebd.

[9] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 26.7.2003, S. 10.

[10] Vgl. Financial Times (FT), 29.12.2004, S. 7.

[11] Vgl. F. Umbach, Global Energiesicherheit, S. 317 ff.; ders., Sichere Energieversorgung auch in Zukunft und Clingendael Institute (Den Hague), Study on Energy Supply Security and Geopolitics. Final Report prepared for EU-DG-TREN, January 2004.

[12] Vgl. auch F. Umbach, Global Energy Supply and Geopolitical Challenges, in: Francois Godement/Francoise Nicolas/Taizo Yakushiji (Eds.), 'Asia and Europe. Cooperating for Energy Security'. A Council for Asia-Europe Cooperation (CAEC)-Task Force Report, Paris 2004, S. 137-168; Helmut Klaue/Kai van de Loo, Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung in der Europäischen Union: Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Glückauf 5/2005, S. 242-254 und Ulrich Hartmann, Eine europäische Energiepolitik ist gefragt, in: IP 1/2001, S. 17-23.

[13] Vgl. European Council, A Secure Europe in a Better World, Brussels, 12 December 2003 (<http://ue.eu.int/solana/docs/031208ES-SIEN.pdf>).

[14] Vgl. UK Foreign & Commonwealth Office, UK International Priorities – The Energy Strategy, London 2004 (via Internet – http://www.fco.gov.uk/files/hfile/Energy_Report_281004.o.pdf).

[15] Vgl. F. Umbach, Sichere Energieversorgung auch in Zukunft.

[16] See Edward L. Morse./James Richard, 'The Battle for Energy Dominance', Foreign Af-

fairs, March-April 2002, S. 16-31.

[17] Vgl. 'Oil in Troubled Waters. A Survey of Oil', in: the Economist, 30.4.2005, hier S. 5.

[18] Vgl. hierzu auch World Energy Council/Deutsches Nationales Komitee des Welten-
ergierates DNK, Energie für Deutschland. Fak-
ten, Perspektiven und Positionen im globalen
Kontext, 2004. Schwerpunktthema: „Zur Dy-
namik der Öl- und Erdgasmärkte“, Essen
2004.

[19] Vgl. International Energy Agency (IEA),
World Energy Outlook 2004, Paris 2004.

[20] Vgl. F. Umbach, Global Energy Security:
Geopolitical Consequences for EU-East Asian
Relations.

[21] Vgl. ders., Globale Energiesicherheit, S.
122 ff.; ders., Future Impacts of Chinese and
Asian Dependency on Energy Imports from the
Middle East and Central Asia, in: Erich Rei-
ter/Peter Hazdra (Eds.), The Impact of Asian
Powers on Global Developments, Heidelberg-
New York 2004, S. 143-163.

[22] Vgl. Wall Street Journal Europe (WSJE),
13-15.5.2005, S. M1 and M5 (M1).

[23] Vgl. hierzu auch F. Umbach, Globale En-
ergiesicherheit, hier S. 259 ff.

[24] Vgl. z. B. Studie UNDP (Ed.), 'Arab Hu-
man Development Report 2002. Creating Op-
portunities for Future Generations', New York
2002 (Internet: www.undp.org/ahdr); UNDP
(Ed.), Arab Human Development Report 2003,
New York 2003 (via Internet: www.undp.org/rbas/ahdr/english2003.html) und UNDP
(Ed.), Arabischer Bericht über die menschliche
Entwicklung. Auf dem Weg zur Freiheit in der
arabischen Welt. Deutsche Kurzfassung, Berlin
2005 (http://www.dgvr.de/pdf/Publikationen/AH-DR_summary_deutsch_neu.pdf).

[25] Vgl. F. Umbach, Globale Energiesicher-
heit, S. 262 ff. und Michael L. Ross, Does Oil
Hinder Democracy, in: World Politics, April
2001, S. 325-361.

[26] Vgl. auch F. Umbach, Nuclear Energy Is-
sues – Global Dimensions and Security Chal-
lenges, in: Bruno Tertrais (Ed.), Nuclear Issues
in the Post-September 11 Era, Fondation pour
la Recherche Stratégique (FRS), Paris 2003, S.
25-46.

[27] Vgl. IAEA, Nuclear Technology Review
2004, Vienna 2004, S. 8-10.

[28] Vgl. aus russischer Sicht den Minister
für Industrie und Energie, Viktor Khristenko,
The Russia-EU Energy Dialogue: A Difficult
Transition from Talks to Business, in: EuroFu-
ture, Spring 2005, S. 82-84 und aus Sicht der
EU der Executive Director der IEA, Claude Man-
dil, Securing the Russian-European Energy
Partnership, in: ebd., S. 88-91.

[29] Hierzu ausführlichst F. Umbach, Globa-
le Energiesicherheit, S. 186 ff.

[30] Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ),
10.8.2004, S. 13.

[31] Vgl. Alexander Rahr, Die Welt,
11.3.2005, S. 4.

[32] Vgl. Die Welt, 19.3.2005, S. 15.

[33] Vgl. Jens Hartmann, ebd., 5.7.2005, S.
15.

[34] Vgl. FT, 12.1.2005, S. 2 und ebd.,
3.12.2004, S. 1.

[35] Vgl. auch FAZ, 9.5.2005, S. 7 und F. Um-
bach, Globale Energiesicherheit, S.
166 ff.

